Detailansicht des Registereintrags

Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl)

Aktuell seit 19.11.2026 09:58:49

Nicht rechtsfähiger Verein

Registernummer:	R002425
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	19.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	11.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Wirtschaftsvereinigung Stahl Französische Straße 8 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493023255460 E-Mail-Adressen: info@wvstahl.de Webseiten: https://www.wvstahl.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
1.650.001 bis 1.660.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
9,83

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Gunnar Groebler**
   Funktion: Präsident

2. **Kerstin Maria Rippel LL.M**
   Funktion: Hauptgeschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (11):

1. **Tobias Aldenhoff**

2. **Achim Beerheide**

3. **Gerhard Endemann**

4. **Roderik Hömann**

5. **Dr. Matthias Messner**

6. **Fabian Urbeinczyk**
   Tätigkeit bis 12/21:
   Studentischer Mitarbeiter
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

7. **Dr. Yannik Sparrer**

8. **Charlotte Zinke**

9. **Felix Theuerkauf**
   Tätigkeit bis 03/22:
   Abgeordnetenmitarbeiter
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

10. **Gunnar Groebler**

11. **Kerstin Maria Rippel LL.M**

Gesamtzahl der Mitglieder:
44 Mitglieder am 11.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (11):
1. BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.v.
2. Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
3. Netzwerk Zukunft der Industrie e. V.
4. Wirtschaftsforum der SPD e. V.
5. Wirtschaftsrat der CDU e. V.
6. DIN e.V.
7. Energieintensive Industrien Deutschland (EID)
8. unternehmer nrw - Landesvereinigung der Unternehmerverbände Nordrhein-Westfalen e.V.
9. Initiative System Wasserstraße (isw)

10. Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.
11. Adlerkreis

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):
Außenpolitik; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Rechtspolitik; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Rüstungsangelegenheiten; Verteidigungspolitik; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Stimme der Stahlindustrie in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt hat, bis 2045 klimaneutral zu produzieren – und damit ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen einzusparen. Der 1874 gegründete Verband mit Hauptsitz in Berlin macht sich für einen politischen Rahmen stark, der einen klimaneutralen und auch in Zukunft starken Stahlstandort möglich macht. Mit 37 Millionen Tonnen pro Jahr (2024) weist Deutschland die größte Stahlproduktion Europas auf. Die von der Wirtschaftsvereinigung Stahl vertretene Branche ist die Basis zahlreicher industrieller Wertschöpfungsketten wie etwa Automobilindustrie und Maschinenbau. Nahezu jede Energiewendetechnik – vom Offshore-Windrad bis zum Strommast – besteht zu hohen Anteilen aus Stahl. Fast 70 Prozent des Exports aus Deutschland besteht aus stahlintensiven Produkten. Ihre inhaltlich-politische Expertise bringt die Wirtschaftsvereinigung Stahl in den Bereichen Energie- und Klimapolitik, Wirtschafts- und Handelspolitik sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in den politischen Diskurs auf Bundes-, Länder- und EU-Ebene ein. Mit zielgerichteten Kommunikationsaktivitäten verschafft die Wirtschaftsvereinigung Stahl der Branche Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), im europäischen Stahlverband EUROFER und im Weltstahlverband worldsteel. Als Mitinitiatorin des Low Emission Steel Standard (LESS) unterstützt der Verband die Initiative weiterhin als assoziiertes Mitglied, arbeitet außerdem eng mit der Plattform der energieintensiven Industrien in Deutschland (EID) und dem Bündnis Zukunft der Industrie zusammen und ist assoziiertes Mitglied von ResponsibleSteel.

Konkrete Regelungsvorhaben (40)

1. **Verbesserte Ausgestaltung des EU-Grenzausgleichs (CBAM)**

   Beschreibung:

Die WV Stahl arbeitet auf Verbesserungen der Gestaltung und Wirkungsweise der geplanten EU-Grenzausgleichsmaßnahmen (CBAM) hin. Der Fokus liegt hierbei auf einer Einbeziehung von Exporten, der Erweiterung der einbezogenen Branchen sowie der Verhinderung von Umgehungstatbeständen.

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406280069** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

   Versendet am 16.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

2. **SG2412180079** (PDF - 18 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.10.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **Verbesserung der Außenpolitischen Absicherung für die Transformation der Stahlproduktion**

Beschreibung:
Die in der Transformation stehende Stahlindustrie benötigt eine sofortige eine Verbesserung der bestehenden bzw. Schaffung neuer Werkzeuge, um den wachsenden Herausforderungen (graue Überkapazitäten, Importdruck, fehlende Resilienz, etc.) effizient zu begegnen. Die WV Stahl setzt sich als Stimme der Stahlindustrie dafür gegenüber der Bundesregierung ein, sich bei der Europäischen Kommission für entsprechende Verbesserungen einzusetzen. Die EU braucht ein neues außenhandelspolitisches Konzept.

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406250174** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

   Versendet am 23.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

   Versendet am 18.06.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

2. **SG2409300037** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.09.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **Entwicklung grüner Leitmärkte für klimafreundlichen Stahl**

   Beschreibung:
   Die WV Stahl arbeitet darauf hin, dass eine erste verlässliche Nachfrage nach CO2-reduziertem Stahl mit Hilfe regulatorischer Anreize geschaffen wird. Diese regulatorischen Anreize braucht es als Brücke, bis emissionsarme Produktion die Norm sind.

   Interessenbereiche:
   Industriepolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (2):

   1. **SG2406280036** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 19.04.2024 an:

      Bundestag
      Gremien [alle SG dorthin]
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2409270084** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **Begleitung der Genehmigungsverfahren für DRI-Anlagen**

Beschreibung:
Die WV Stahl setzt sich für ein bundeseinheitliches und europäisch harmonisiertes Vorgehen für die Genehmigung der unterschiedlichen, im Wesen aber technisch einheitlichen DRI-Anlagen ein. DRI-Anlagen sollten genehmigungsrechtlich als Anlagen zur Herstellung von Eisen und Stahl eingestuft werden. Zudem sollten Genehmigungsbehörden bei der Genehmigung von DRI-Anlagen bundeseinheitlich vorgehen. Hierfür sind gegebenenfalls Klarstellungen in den bundesimmissionsschutzrechtlichen Vorgaben notwendig.

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchV 13 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406250138** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Angestrebte Verbesserungen in der Wirtschaftspolitik auf nationaler und europäischer Ebene**

Beschreibung:
Die WV Stahl setzt sich für eine Verbesserung der Wirtschaftspolitik ein. Themen sind insbesondere der Außenhandel: EU-Safeguards verlängern, Handelsschutzinstrumente konsequent nutzen, Carbon Leakage verhindern, sektorale Abkommen schaffen; Sanktionen gegen Rußland: Regelungslücken schließen; Energiepolitik: Wettbewerbsfähige Strompreise sichern.

Interessenbereiche:
Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406280027** (PDF - 12 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.04.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2412180082** (PDF - 20 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.10.2024 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. **Staatliche Regelung zur Absenkung der Übertragungsnetzentgelte auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau**

Beschreibung:
Wiedereinführung des Zuschusses zu Übertragungsnetzentgelten. Die staatliche Beteiligung an den Kosten und Zukunftsinvestitionen für Stromnetze und andere Infrastrukturen ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und sollte Kernelement einer strategischen Standortpolitik sein.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2406280148** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.05.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2406280149** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.03.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2412180084** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.11.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **SG2512170009** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.10.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. **Einsatz für eine gebotene Kraftwerksstrategie**

   Beschreibung:
   Die WV Stahl setzt sich für Ausschreibung von Leistung in ausreichendem Umfang ein. Zudem wird ein Marktbasiertes System benötigt, das zum einen die Verlässlichkeit und Sicherheit von Stromversorgung und Stromnetz garantiert, zum anderen aber auch den Strom nicht weiter verteuert.

   Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

8. **Einwirken auf wettbewerbsfähige Preise bei der Grünstromversorgung**

   Beschreibung:
   Staatliche Unterstützung für den Abschluss grüner PPAs für die Industrie, unter anderem durch eine staatliche Risiko-Absicherung sowie Netzentgeltentlastungen auch bei größeren Entfernungen. Industriestrompreis durch Kombination eines Grünstrompools mit Back-Up-Kapazitäten.

   Interessenbereiche:
   Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

9. **Nationale Umsetzung der RED III**

   Beschreibung:
   WV Stahl setzt sich für die Umsetzung der Industrieunterquote auf mitgliedsstaatlicher Ebene, verbunden mit einem kohärenten Förderrahmen und möglichst schlanken Berichtspflichten, ein.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/11226 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze und zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes
   Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

10. **Einsatz für die Sicherung einer leistungsfähigen Wasserstoffversorgung, hier Wasserstoffkernnetz und -importstrategie**

    Beschreibung:
    Schneller und planungssicherer Aufbau des Wasserstoffkernnetzes sowie Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Entgeltsystematik.
    Geeignete Strategie festlegen, Rahmen- und Anreizsetzung für den Aufbau von Importstrukturen für Wasserstoff nach Deutschland

    Interessenbereiche:
    Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

11. **Überarbeitung der Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie, um bessere Bedingungen für die Stahlindustrie zu erreichen**

    Beschreibung:

Die nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie sollte die Wechselwirkung der verschiedenen Regelungsbereiche stärker berücksichtigen und eine ganzheitliche Denkweise anwenden. Zielvorgaben müssen wiederkehrend geprüft und flexibel materialspezifisch angepasst werden, insbesondere die Einsatzquoten für Rezyklate. Nationale Regelungen müssen marktgerechte Rahmenbedingungen schaffen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die öffentliche Beschaffung sollte als Hebel genutzt werden, um das zirkuläre Wirtschaften zu fördern. Bevor neue Regelungen geschaffen werden, sollten bestehende Rechtsnormen konsequent umgesetzt werden.

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407160019** (PDF - 11 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 11.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. **Anpassung der Anforderungen an die Renewable Energy Directive III**

Beschreibung:
Die von der RED III vorgegebene Industrieunterquote von 42 % RFNBO bis 2030 ist äußerst ambitioniert. Ein kohärenter Förderrahmen und die Ausschöpfung der verfügbaren Transformationspotenziale in der Industrie sind daher eine zwingende Voraussetzung für die Quotenerfüllung. Die Quote soll auf Mitgliedstaaten und nicht auf Unternehmen bezogen werden. Es muss verhindert werden, dass die Nutzung anderer kohlenstoffarmer Wasserstoffe konterkariert wird. Eine Erfüllung der Quote funktioniert nur unter Ausschöpfung der Ausnahmen.
Monitoring und Berichtspflichten sind minimal zu halten, um weitere Belastungen zu vermeiden.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

13. **Einführung des Vergabetransformationsgesetz, um grüne Leitmärkte zu etablieren**

Beschreibung:
Vergaberechtliche Regelungen auf die auf die Etablierung grüner Leitmärkte ausrichten, u.a. durch Verbindliche Vorgaben für die Verwendung CO2-reduzierter Produkte und Verankerung neuer Vorgaben in der Vergabepraxis über entsprechende amtliche

Orientierungshilfen; Erweiterung der „Nachhaltigkeitsliste“ um CO2-reduzierte Stahlprodukte; Erweiterung der Vorgabe zur Einbeziehung umweltbezogener Aspekte (§ 120a GWB n.F.) um die verpflichtende Berücksichtigung von Nicht-Preis-Kriterien (Kreislauffähigkeit der verwendeten Materialien und Gegenwert der CO2-Reduktion) anhand eines objektiven und zertifizierbaren sowie mit dem EU-Recht kompatiblen Standards; Schaffung europäische grüner Leitmärkte mit Local Content Vorgaben.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/14344 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts
(Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG)
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts (Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503250005** (PDF - 17 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.01.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. **Einwirken auf EU-Gesetzgebung zur Änderung der Leitlinien für Datenerhebung und Ausarbeitung der BVT-Merkblätter (2012/119/EU)**

Beschreibung:
Wir setzen uns für eine bessere Rechtssetzung bei der Änderung der EU-Richtlinie 2012/119 /EU ein.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412180075** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 22.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

15. **Zeitnahe Überprüfung der Betriebskostenförderrichtlinie für den Einzelwagenverkehr auf Effizienz und Anpassung zugunsten der beteiligten Güterbahnen**

Beschreibung:
Die WV Stahl möchte anregen, die Betriebskostenförderrichtlinie für den Einzelwagenverkehr zeitnah auf Effizienz zu überprüfen und in einem konkreten Punkt zugunsten der beteiligten Güterbahnen anpassen zu lassen. Es wird besorgt, dass die Förderung ein wesentliches Förderziel nicht erreichen könnte.

Interessenbereiche:
Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503250006** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.02.2025 an:

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2607060001** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.05.2026 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. **Forderungen der Stahlindustrie in Deutschland für die 21. Legislaturperiode**

Beschreibung:
Die Stahlindustrie benötigt politisches Handeln, um erfolgreich zu einer klimaneutralen Produktion und emissionsreduzierten Produkten zu transformieren. Es ist wichtig, die ambitionierten Klimaziele mit dem politischen Willen zu verbinden, die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie in Deutschland und Europa zu sichern. Standortnachteile und unfaire Marktbedingungen müssen angegangen werden. Eine neue Regierung sollte sowohl mittel- und langfristige Strategien entwickeln als auch in den ersten 100 Tagen sofortige Maßnahmen ergreifen, um irreversible Schäden zu vermeiden.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Gemeinsame Außen- und

Sicherheitspolitik der EU [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Politisches Leben, Parteien [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2503250008** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 17.02.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2503250009** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

17. **Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinien**

Beschreibung:
Die WV Stahl wirkt auf die Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinien hin und will damit erreichen, dass die EU eine Vorreiterrolle einnimmt, um den nationalen Gesetzgeber dazu zu bewegen auch das nationale Vergaberecht zu reformieren. Besonders wichtig ist dieses Unterfangen, um (europäische) Leit- oder Pioniermärkte für emissionsarmen Stahl zu entwickeln und Nachhaltigkeitskriterien verpflichtend in das Vergaberecht zu implementieren.

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

18. **Zügige Umsetzung der Vorschläge des Steels and Metals Action Plans**

Beschreibung:
Der Aktionsplan, ergänzt den Clean Industrial Deal und den Action Plan for Affordable Energy mit spezifischen Maßnahmen zur Unterstützung der Stahl- und Metallindustrie bei der Dekarbonisierung. Wir wirken auf die außenhandelspolitischen Vorschläge der Europäischen Kommission hin, die den Forderungen der Stahlindustrie entgegenkommen. Die Ankündigungen zur Energiepreisentlastung sind derzeit vage und unzureichend. Die geplanten Leitmärkte sind zu abstrakt und es mangelt an verbindlichen Labels für grüne Produkte, während der Low Emission Steel Standard (LESS) nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503260070** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.03.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

19. **Clean Industrial Deal: Hinwirken auf eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Stahlindustrie**

Beschreibung:
Die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Industrie ist zentrales Leitbild der zweiten Amtszeit von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. In ihren Politischen Leitlinien hat sie einen Clean Industrial Deal angekündigt, mit dem die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie verbessert werden sollen. Insbesondere ein Industrial Decarbonisation Accelerator Act soll als Rechtsakt die Industrie während ihres Umbaus zur Klimaneutralität unterstützen. Den Mission Letters der Kommissionspräsidentin ist zu entnehmen, dass ein konkreter Steel and Metals Action Plan erarbeitet werden soll.

Interessenbereiche:
Außenpolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503260071** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 31.01.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

20. **Schaffung einer verbesserten Rechtsgrundlage für staatliche Beihilfen von Unternehmen (Clean Industrial State Aid Framework)**

Beschreibung:
Der CISAF sollte genutzt werden, um eine verbesserte europäische Grundlage zu schaffen, mit einer deutlichen Vereinfachung und Entbürokratisierung für Mitgliedstaaten und Unternehmen und praktikablen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von staatlichen Beihilfen in den Bereichen Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien; zur industriellen Dekarbonisierung und zur Sicherstellung ausreichender Produktionskapazitäten für saubere Technologien.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenpolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

21. **Hinwirken auf die Begrenzung der Übertragungsentgelte**

Beschreibung:
Die WV Stahl sieht eine enorme Belastung der Wettbewerbsfähigkeit durch zu hohe Übertragungsnetzentgelte. Mögliche Sofortmaßnahmen aus unserer Sicht sind den Stabilisierungszuschuss wieder einzuführen und die transformationsbedingten Kosten von Netzentgelten zu lösen und staatlich zu finanzieren. Erster Schritt: Wiedereinführung des staatlichen Zuschusses i.H. von 5,5 Mrd. € mit Rückwirkung zum 1.1.2025.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

22. **Verlässliche Fortführung der Strompreiskompensation und Stromsteuersenkung (über 2030)**

Beschreibung:
Die WV Stahl setzt sich gegen die weitere Abschmelzung der Strompreiskompensation ein und dafür, dass diese über 2030 fortgeführt wird. Zudem setzt sie sich für die Entfristung der Stromsteuersenkung ein.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

23. **Maßnahmen für einen Industriestrompreis (Grünstrompool und Back-Up-Kapazitäten)**

Beschreibung:
Für die Industrie sollte der Aufbau eines Grün-strom-Pools geprüft werden – ergänzt durch netzdienliche Kapazitäten zur Deckung des Bedarfs in wind- und sonnenschwachen Zeiten.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

24. **Begrüßung des Referentenentwurfs zum Sondervermögen Infrastruktur (SVIKG) und Forderung dessen schnelle Umsetzung**

Beschreibung:
Stahl und mit ihm das gesamte Wertschöpfungsnetzwerk in Deutschland und Europa sind für den Infrastrukturbau – für Schienen, Brücken, Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze, Hoch- und Tiefbau – unerlässlich. Zusätzlich muss in Zeiten sich ständig zuspitzender geopolitischer Verwerfungen dem Gedanken verlässlicher, lokaler Wertschöpfungsketten

eine besondere Bedeutung gegeben werden. Und deshalb muss die Umsetzung von Infrastrukturprojekten aus unserer Sicht mit der Stahlproduktion vor Ort zusammengedacht werden. Das SVIKG eröffnet die Chance, die Ziele mit der Stärkung von Konjunktur, Wirtschaftswachstum, regionaler industrieller Wertschöpfung zu verbinden, und die strategische Resilienz und den Umbau zur Klimaneutralität zu unterstützen und sollte auch dafür genutzt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/779 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG)

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2506250013** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.06.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **SG2509290027** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.09.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

25. **"Investitionsbooster" mit European Content verbinden (Investitionssofortprogramm)**

Beschreibung:
Die WV Stahl begrüßt diese Initiative v.a. die ab Juli 2025-Ende 2027 vorgesehene degressiven Abschreibungen (AfA) für Investitionen können gesamtwirtschaftlich einen wichtigen Beitrag erbringen, die Rentabilität von Investitionen und die Liquidität zu erhöhen und auf die-se Weise Investitionsanreize zu setzen. Auch die langfristige Senkung des Körper-schaftsteuersatzes auf 10 % bis 2032 wird insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit

des Wirtschaftsstandortes verbessern. Aus Sicht der Stahlindustrie kann dies jedoch nur ein Schritt auf dem Weg zur Sicherung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit sein. Darüber hinaus bleiben umfassende Maßnahmen zur außenhandelspolitischen Absicherung, der Senkung der Energiekosten und der Flankierung der Dekarbonisierungsbemühungen der Unternehmen entscheidend.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortpro-gramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland
Datum des Referentenentwurfs: 04.06.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506250014** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 19.06.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

26. **Verbindung von Nachhaltigkeitskritierien und Local-Content-Anforderungen mit dem Vergabebeschleunigungsgesetz (RefE)**

Beschreibung:
Drucksachennummer: 380/25. Der Entwurf schafft entsprechend mit § 113 Abs. 1 Nr. 9 GWB eine Ermächtigungsgrundlage für die BuReg zum Erlass einer Rechtsverordnung, um verpflichtende Anforderungen an die Klimafreundlichkeit bei der Beschaffung festlegen zu können und so Leitmärkte zu entwickeln. Von Bedeutung ist, zu gewährleisten, dass von der gesetzlich verankerten Ermächtigung zeitnah Gebrauch gemacht wird; dass die Klimafreundlichkeit bei der Beschaffung daran geknüpft wird, dass die dafür verwendeten emissionsarmen Grundstoffe in Deutschland und der EU produziert werden und dass schließlich die Beschaffung klimafreundlicher Leistung aus heimischer Produktion in Deutschland und der EU verbindlich in geltendes Recht auf Bundes-, Landes-, und Kommunalebene überführt wird.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabebeschleunigungsgesetz) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512170011** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.11.2025 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

27. **Veröffentlichung von Anforderungen an die Eisenbahnpolitik des Bundes**

Beschreibung:
Die Eisenbahnpolitik in Deutschland steht vor wichtigen, teils irreversiblen Entscheidungen. Drei Themen sind für die Stahlindustrie in Deutschland aktuell von besonderer Bedeutung: Der Erhalt des konventionellen Einzelwagenverkehrs ist nicht nur eine unternehmerische Fragestellung für den Systembetreiber DB Cargo, sondern eine der zentralen Fragen der Verkehrspolitik. Ebenfalls wichtig für die Zukun ft der Güterbahnen sind wettbewerbsfähige Trassenpreise. Weiterhin sollte die Chance vollumfänglich genutzt werden, die Infrastruktur zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen.

Interessenbereiche:
Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509290025** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 12.09.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

28. **Vergabebeschleunigungsgesetz - Made in EU Kriterien**

Beschreibung:
Strategische Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung stärken: Die Bundesregierung sollte im Vergaberecht klarstellen, dass öffentliche Auftraggeber bestehende Spielräume nutzen können, um bei der Definition des Beschaffungsgegenstandes sowie bei Zuschlagskriterien Resilienz, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit zu berücksichtigen. Hierzu sollen

produkt- und prozessbezogene, origin-neutrale Kriterien (z. B. Emissionsintensität, Lieferkettentransparenz, Versorgungssicherheit) ausdrücklich zugelassen werden, um die strategische Beschaffung im Einklang mit EU- und WTO-Recht zu stärken.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Vergabebeschleunigungsgesetz
Datum des Referentenentwurfs: 01.07.2025
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GWB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603250045** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

29. **Stärkung von Resilienz und Versorgungssicherheit in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie**

Beschreibung:
Die WV Stahl setzt sich für die Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie resilienter industrieller Wertschöpfungsketten ein. Im Fokus stehen die Berücksichtigung von Versorgungssicherheit und Resilienz in der öffentlichen Beschaffung, die Stärkung europäischer Wertschöpfung („Made in EU“), die Absicherung kritischer Rohstoff- und Grundstoffversorgung sowie die Anerkennung von Stahl als sicherheitsrelevanten Grundstoff für Verteidigung, kritische Infrastruktur und strategische Schlüsselindustrien.

Betroffenes geltendes Recht:
BwBBG 2026 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Rüstungsangelegenheiten [alle RV hierzu]; Verteidigungspolitik [alle RV hierzu]

30. **Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten**

Beschreibung:
Die Wirtschaftsvereinigung Stahl unterstützt dieses Vorhaben, da eine sichere Stromversorgung wesentliche Grundlage für die Stahlproduktion in Deutschland und den Umbau unserer Branche zur Klimaneutralität darstellt. Dabei müssen die Regelungen so ausgestaltet werden, dass sie einerseits einen verlässlichen Beitrag zur

Versorgungssicherheit leisten, aber andererseits für im internationalen Wettbewerb stehenden Industrien wie der Stahlindustrie nicht zu einem Anstieg der Stromkosten führen. Ein besonderes Anliegen ist uns zudem, dass auch die aufgrund des Umbaus der Stahlindustrie zur Klimaneutralität nicht mehr benötigten Kuppelgaskraftwerke als Back-Up-Kapazitäten in die Ausschreibungen eingebracht werden können. Dazu sind aus unserer Sicht Anpassungen im Gesetz erforderlich.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 27.04.2026
Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606290112** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.06.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

31. **Einführung vorläufiger EU-Safeguard-Maßnahmen für GOES**

Beschreibung:
Einführung vorläufiger EU-Schutzmaßnahmen für Einfuhren von kornorientiertem Elektroband (GOES) als Reaktion auf den erheblich gestiegenen Importdruck. Ziel der Interessenvertretung ist die Unterstützung einer raschen Annahme der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, um weitere Schädigungen der europäischen Produktion zu verhindern und die strategisch wichtige europäische Produktionsbasis für Transformatoren, Stromnetze und Energieinfrastruktur zu sichern.

Interessenbereiche:
Außenpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609290165** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 15.09.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

32. **Reform des Trassenpreissystems und Fortführung der Trassenpreisförderung im Schienengüterverkehr**

Beschreibung:
Reform des Trassenpreissystems mit dem Ziel, die Trassenpreise für den Schienengüterverkehr langfristig planbar, verlässlich und kosteneffizient auszugestalten. Gefordert werden insbesondere die Fortführung der Trassenpreisförderung mindestens auf bisherigem Niveau, eine gesetzliche Absicherung der Preisentwicklung, eine faire Kostenverteilung zwischen den Verkehrsarten sowie stärkere Qualitätsanreize im Trassenpreissystem und in den Infrastrukturnutzungsbedingungen.

Betroffenes geltendes Recht:
ERegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609290172** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.09.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

33. **Sicherung der Finanzierung der Schieneninfrastruktur und des Schienengüterverkehrs im Bundeshaushalt 2027**

Beschreibung:
Bereitstellung ausreichender und langfristig verlässlicher Bundesmittel für die Sanierung, den Aus- und Neubau sowie die Digitalisierung der Schieneninfrastruktur. Gefordert werden insbesondere die Schließung der Finanzierungslücke ab dem Bundeshaushalt 2027, mindestens vier Milliarden Euro jährlich für den Aus- und Neubau, eine überjährige Absicherung der Infrastrukturinvestitionen sowie die Fortführung der Förderung der Trassenpreise und des Einzelwagenverkehrs mit mindestens 350 Millionen Euro jährlich.

Betroffenes geltendes Recht:
HG 2026 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609290171** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

34. **Ausgestaltung des Bundeshaushalts 2027 und des Klima- und Transformationsfonds zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie**

Beschreibung:
Im Bundeshaushalt 2027 und im Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds sollen ausreichende Mittel zur Senkung der industriellen Stromkosten, zur Schaffung von Leitmärkten für emissionsarmen und europäisch produzierten Stahl sowie zur Stärkung der Verkehrs- und Logistikinfrastruktur bereitgestellt werden. Gefordert werden insbesondere die Verstetigung des Zuschusses zu den Übertragungsnetzentgelten, die Absicherung der Strompreiskompensation, zweckgebundene Haushaltstitel für emissionsarme Grundstoffe und Stahl in der Schieneninfrastruktur sowie eine auskömmliche Finanzierung der Verkehrswege, des Einzelwagenverkehrs, der Trassenpreisförderung und niedrigwasseroptimierter Binnenschiffe.

Betroffenes geltendes Recht:
BHO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609290179** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.09.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

35. **Ausgestaltung des EU Industrial Accelerator Act zur Schaffung von Leitmärkten für emissionsarmen und europäisch produzierten Stahl**

Beschreibung:
Mit dem Industrial Accelerator Act sollen Leitmärkte für emissionsarme industrielle Produkte geschaffen und die Resilienz europäischer Wertschöpfungsketten gestärkt werden. Ziel der Interessenvertretung ist, bei öffentlicher Beschaffung und staatlichen Fördermaßnahmen verbindliche Mindestanteile für Stahl vorzusehen, der zugleich emissionsarm und europäischen Ursprungs ist. Für Stahl soll der europäische Ursprung anhand einer klaren, stahlspezifischen „melted and poured“-Regel bestimmt werden. Die Mindestanteile sollen schrittweise erhöht, Herkunftsanforderungen auch bei Anreizen im Automobilbereich berücksichtigt und Ausnahmen sowie Mehrkostenschwellen eng und praktikabel ausgestaltet werden.

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2609300001** (PDF - 9 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.09.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2609300004** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.09.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

36. **Ausgestaltung des EU Automotive Package zur Förderung emissionsarmen und europäisch produzierten Stahls im Fahrzeugbau**

    Beschreibung:
    Mit dem Automotive Package sollen die Transformation und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie unterstützt und Anreize für den Einsatz emissionsarmer Materialien geschaffen werden. Ziel der Interessenvertretung ist die Einführung wirksamer Steel Credits für die Verwendung von Stahl, der zugleich emissionsarm und europäischen Ursprungs ist. Die Anrechnungsmöglichkeit von bis zu sieben Prozent soll bereits ab 2030 und nicht erst ab 2035 gelten. Die Anforderungen an Emissionsintensität, europäischen Ursprung und Nachweisführung sollen eindeutig, kumulativ und mit den Regelungen des Industrial Accelerator Act abgestimmt werden.

    Interessenbereiche:
    EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

37. **Revision der EU-ETS-Benchmark-Werte für die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten in der Periode 2026 bis 2030**

    Beschreibung:

Mit der Durchführungsverordnung werden die Benchmark-Werte für die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandel für 2026 bis 2030 neu festgelegt. Ziel ist eine technisch erreichbare Ausgestaltung der Benchmarks für die Stahlindustrie. Bei den Elektrostahl-Benchmarks sollen Effekte aus der Dekarbonisierung des Strommixes herausgerechnet und nur anlagenseitig beeinflussbare Effizienzgewinne berücksichtigt werden. Zudem dürfen Benchmarks nicht unterhalb der realen Best Practice liegen. Erforderlich sind außerdem eine sachgerechte Abstimmung mit der Strompreiskompensation und realistische Fallback-Benchmarks für die Weiterverarbeitung der Stahlindustrie.

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

38. **Weiterentwicklung des europäischen Handelsschutzinstruments für Stahl**

Beschreibung:
Ziel ist ein wirksamer Schutz des europäischen Stahlmarktes vor Importverlagerungen und globalen Überkapazitäten. Das Handelsschutzinstrument soll konsequent angewendet und auf bislang nicht erfasste Halbzeuge, weitere Stahlprodukte und perspektivisch stahlintensive Folgeprodukte ausgeweitet werden. Umgehungen sollen durch eine verbindliche „Melted & Poured"-Ursprungsregel verhindert werden. Ungenutzte Kontingente sollen nicht schutzmindernd übertragen und Antidumping- sowie Antisubventionsinstrumente weiterhin konsequent eingesetzt werden.

Interessenbereiche:
Außenpolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

39. **Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems zur Sicherung der Transformation der Stahlindustrie**

Beschreibung:
Bei der Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems sollen bereits getätigte Transformationsinvestitionen geschützt und weitere Investitionen in die klimaneutrale Stahlproduktion ermöglicht werden. Vorreiter dürfen durch Änderungen der kostenlosen Zuteilung und des Carbon-Leakage-Schutzes nicht benachteiligt werden. Die Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel und dem CBAM sollen vollständig zur Unterstützung der industriellen Dekarbonisierung und zur Senkung der Energiepreise eingesetzt werden. Erforderlich bleibt ein kohärentes Zusammenspiel mit CBAM, Handelsschutz und Leitmärkten.

Interessenbereiche:
Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609300002** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.08.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

40. **WindSeeG-Novelle: Leitmarkt für emissionsarmen Stahl aus Europa schaffen**

Beschreibung:
Die WV Stahl setzt sich dafür ein, die Nachhaltigkeits- und Resilienzkriterien für Offshore-Ausschreibungen so auszugestalten, dass sie Nachfrage nach emissionsarmem Stahl aus europäischer Produktion schaffen. Das CO2-Kriterium und der Klimabonus sollen den Einsatz emissionsarmer Grundstoffe, insbesondere von Stahl in Türmen und Fundamenten, wirksam anreizen. Klima- und Herkunftsanforderungen sollen für dieselbe Stahlmenge gelten; die Herkunft soll für EU27 und EFTA nach dem Melted-and-Poured-Prinzip nachgewiesen werden. Türme und Fundamente sollen verbindlich in die Resilienzvorgaben einbezogen werden. Die Anforderungen sollen für alle Offshore-Ausschreibungen gelten.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/8238 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Optimierung und Absicherung des Ausbaus der Windenergie auf See
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611190003** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.11.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
6.960.001 bis 6.970.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. ArcelorMittal Bremen GmbH
2. thyssenkrupp Steel Europe AG